

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Bezugs-Gebühr** vom 16. bis 30. Juni 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juni 1,40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

**Anzeigen-Preise:** Die Anzeigen werden nach Aufwand berechnet: die einseitige 30 mm breite Seite 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Restanzeige 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Chiffrengebühren 50 Pfg. Auswärtige Wählzettel gegen Vorauszahlung.

Verlagsort: Nachschauen Dresden  
 Verlags- und Druckerei-Gesellschaft: 22 2 11  
 Nur für Nachschauen: 20 0 11

Schriftleitung und Druckerei-Gesellschaft:  
 Markstraße 38/42  
 Druck und Verlag von Klopke & Neumann in Dresden  
 Postfach-Nr. 1068 Dresden

Redaktion nur mit beschrifteter Postkarte (Dresdner Post) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht aufbewahrt.

## Wie Hermann Müller regieren will.

Mehrheiten werden genommen, wo sie zu finden sind. — Auch kommunistische Hilfe zu Agitationszwecken erwünscht. — Trohdem Appell an die Geduld der sozialistischen Wähler.

### Regierungsjorgen des „Vorwärts“.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schiffszeitung.)

Berlin, 29. Juni. Der „Vorwärts“ befaßt sich heute nochmals in längeren Darlegungen mit dem Aussehen und den Aussichten des neuen Kabinetts. Wiederum betont er, daß Erfolg und Dauer der neuen Regierung nicht ohne weiteres als gesichert erscheinen könnten. Das liege aber nicht an einer Unzulänglichkeit der Personen. Die Schwäche der Klassenverhältnisse bildeten für sie eine Gefahr. Diese Angabe des „Vorwärts“ ist um so beachtenswerter, als das neue Regierungsorgan damit offen zugibt, daß, sobald das neue Kabinett seine sachlichen Arbeiten wird aufnehmen wollen, sich leicht die gleichen Schwierigkeiten einstellen werden, an denen die Verhandlungen über das sachliche Programm scheiterten. Der „Vorwärts“ scheint sich auch darüber klar zu sein, daß die Arbeit des neuen Kabinetts an Fäden nicht arm sein wird, denn er erklärt, daß

ein weites Feld für parlamentarische Zwischenfälle.

die übrigens auch durch seine Abmachungen zwischen den Parteien nicht zu verhindern sind, vorhanden sei. Es sei darum auch nicht ohne weiteres ein Schaden, wenn alle beteiligten Parteien erklärten, daß sie in ihrer Haltung gegenüber der neuen Regierung und ihren Vorlagen frei seien. Die Lebensfähigkeit des Kabinetts hänge davon ab, daß die Zusammenarbeit der Führer in einer Zusammenarbeit der Parteien ihre Ergänzung finde, wobei es der „Vorwärts“ ganz dahingestellt sein läßt, ob das eine oder das andere überhaupt möglich sein wird. Besonders beachtenswert ist dann die Ansicht des „Vorwärts“, die Regierung könne sich für einzelne Vorlagen

die Mehrheit nehmen, wo sie sie finde.

Das könnte unter Umständen ein Vorteil sein. Man wird diese Sache wohl dahin zu deuten haben, daß die Sozialdemokraten gewillt sind, Vorlagen, die als Konzession an die Massen gedacht sind, wie hinsichtlich des Achtstundentages oder der Berufsanfänger des Feuerwehrens, eventuell mit Hilfe der Kommunisten durchzubringen, wenn sich die Volkspartei außerstande erklären sollte, solchen Beschlüssen Zustimmung zu geben.

Dann fällt es der „Vorwärts“ aber auch für notwendig, den sicherlich sehr weit gespannten Erwartungen der sozialdemokratischen Anhänger die Schwierigkeiten, die sich nun einmal aus den Realitäten ergeben, zu zeigen. Er erklärt, auch die Sozialdemokraten lebten in einer kapitalistischen Welt.

Deren innere Gesetze würde auch ein sozialdemokratischer Arbeitsminister nicht ausweichen können. Das soll wohl heißen, daß auch der neue Arbeitsminister die von den Sozialdemokraten mit wilder Hebe bekämpfte Schlichtungspolitik seines Vorgängers nicht abgeben wird forsichen müssen, wenn er nicht die ganze Wirtschaftsdiskussion über den Haufen rennen will. Es ist in diesem Zusammenhang sehr interessant, daß heute das Berliner Zentrumorgan, die „Germania“, erklärt, das Zentrum sei sehr gespannt darauf, wie die Sozialdemokratie ihr Agitationsbedürfnis, das sie ohne Verantwortung gegenüber dem Arbeitsministerium bis zur Hebe gesteigert habe, mit der jetzt von ihr übernommenen Verantwortung in Einklang bringen werde. Das man sich auch bei den Sozialdemokraten darüber klar zu sein scheint, daß unter Umständen die Anhänger derselben eine Enttäuschung werden erleben müssen, geht aus dem Appell des „Vorwärts“ hervor, den Sozialdemokraten, die jetzt im Kabinett seien, das Vertrauen zu bewahren.

## Das neue Kabinett von ferne gesehen.

### Die Pariser Presse unsicher.

Paris, 29. Juni. Soweit die Presse zur Kabinettsbildung in Deutschland Stellung nimmt, drückt sie sich mit Zurückhaltung aus. „Deux Jours“ schreibt, daß sich im Laufe der Verhandlungen manches Selbstverständliche gezeigt habe, jedoch dürfe man das Wesentliche nicht vergessen, nämlich daß dieses von Stresemann gewollte Kabinett unter der Präsidentschaft von Hermann Müller in der Lage sei, wenn es trotz seines sonderbaren Aussehens am Leben bleibe, die Politik von Locarno weiter zu verfolgen. — „Quotidien“ hebt in seiner Betrachtung die schwache Verbindung mit dem Zentrum hervor und folgert daraus, daß die Lage dieses Kabinetts schwierig erscheine. — „Populaire“ fragt: Wird die sozialistische Leitung der Regierung so sicher gestellt sein, wie sie unsere Genossen wünschen? Wird die Zwischenlösung bis Oktober zur Bildung einer neuen Regierung führen, die Garantien mit Stabilität und der Kraft bietet?

Der „Figaro“ des Parfümfabrikanten Coty schreibt, die Ernennung Hermann Müllers zum Kanzler verbinde nicht nur die Aufmerksamkeit der Welt, sondern auch die der ganzen Revanchefeldzug, der in Locarno nicht vorzulesen gewesen sei. Die Sozialdemokratie bleibe im Dienst des deutschen Imperialismus. (1) — Der „Gaulois“ schreibt, das Kabinett sei vielleicht nur ein Übergangskabinet. Die

### Ein schlechtes Horoskop.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt, daß das neue Kabinett ein Kabinett der Großen Koalition ist, zwar nicht der Form, aber der Sache nach. Das Wort ihm nicht angehöre, sei bedauerlich. Die abwartende Stellung der Fraktionen sei in erster Linie als Druckmittel gedacht. Auch die „Vossische Zeitung“ bezieht das Kabinett als eine Regierung der Großen Koalition. Im Herbst werde die Umbesetzung einiger Portefeuilles erfolgen müssen, aber das bedeute keineswegs, daß das Kabinett ein Provisorium ist, denn wenn der Reichstag in die Ferien gegangen ist, wird für die Regierung die schwerste Arbeit beginnen. Dr. Wirth habe sein großes Vertrauen bei der demokratischen Mitte und der sozialdemokratischen Linken verloren.

Die „Germania“ bemerkt, daß das Zentrum durch Guérard einen Vertrauensmann ins Kabinett entsandt habe und daß es abwarten könne, wie die Dinge sich entwickeln. In dieser Zeit werde es sich in seinem eigenen Hause vorläufig umsehen und, wo es nötig ist, auch ausbessern oder gar neu aufbauen. Hermann Müller, so schreibt das Blatt weiter, sei keine überragende Führernatur.

### Der Kopf der Regierung sei Severing.

Hilferding sei als Finanzminister eine unpraktische Persönlichkeit.

Die „Tägliche Rundschau“ nennt das Kabinett Hermann Müllers eine Notlösung. Man müsse sich darauf verlassen, daß im Herbst nachgeholt wird, was diesmal verfehlt wurde. Es verheißt sich von selbst, daß die Regierung nur dann gesund werden kann, wenn in Preußen die berechtigten Forderungen der D. V. erfüllt werden. Koch und Wirth seien nur provisorisch in das Kabinett eingetreten. In der Frage der Amnestie und der Erhebung des 11. August zum Nationalfeiertag werde sich herausstellen, daß das Fundament des Kabinetts zu wünschen übrig läßt.

Die „D. A. Z.“ behauptet, ein Erfreuliches habe die Kabinettsbildung gehabt. Josef Wirth habe sich durch seine geschäftliche Ungehindlichkeit auch bei seinen Reichsbannerfreunden so unbeliebt gemacht, daß er hoffentlich bis auf weiteres ausgeschaltet bleibe. Das Blatt nennt die Regierung ein Ferienkabinett. Man müsse abwarten, ob der „Zwangsvorgang“ zur Sanierung oder zum Konkurs führt.

Der „Volkswacht“ weist darauf hin, daß die ersten Schwierigkeiten die Formulierung der Regierungserklärung bereiten werde. Die erste Krise werde bei der Erörterung der kommunistischen Anträge auf Streichung der Kosten für den Panzerkreuzer A ausbrechen. Wenn das Haus ungünstig besetzt ist, würde die offene Krise da sein. Ein Vertrauensvotum werde Müllers Kabinett nicht erhalten. Man werde sich mit der Ablehnung des kommunistischen Misstrauensantrages begnügen oder eine allgemein achalene Willigkeitsklärung zusammenkompromittieren. — Die „Börsezeitung“ betont, die Krise sei nur verlaßt. Wer glaube, es würde im Herbst glatter gehen, habe keine Rechnung ohne den Wirth gemacht.

### Pänder bleibt.

Berlin, 29. Juni. Wie die „Börsezeitung“ meldet, ist die Frage eines Wechsels im Staatssekretariat der Reichskanzlei vorläufig zurückgestellt. Zunächst bleibe Staatssekretär Pänder im Amt.

### Stimmen aus Wien.

Wien, 29. Juni. Bisher nehmen nur einzelne Blätter zur Kabinettsbildung in Reichs Stellung. Dabei wird darauf hingewiesen, daß das Kabinett Müller nicht eine Regierung der Großen Koalition ist, die aller Welt als die selbstverständliche Folge des Wahlergebnisses erscheint. Es ist die tragische Folge der Spaltung der deutschen Arbeiterklasse, so sagt die „Arbeiterzeitung“, daß sie die industriereiche Republik nicht allein zu regieren vermag. Das Blatt betont, die deutsche Sozialdemokratie habe die bedeutendsten Männer in diese Regierung entsandt, aber so stark und bedeutend auch die Partei in der neuen Regierung vertreten ist, so groß und schwer werden die Hindernisse sein, mit denen die Partei in dieser Regierung zu ringen haben wird.

Die „Neue Freie Presse“ bringt in ihrem Leitartikel eine Skizzierung der Persönlichkeit Hermann Müllers und schließt: Wenn Hermann Müller die guten Helfer bewahren wird, die er heute besitzt, wenn es ihm gelingen wird,

das Ministerium im Herbst zu einem endgültigen zu gestalten, dann wird er vielleicht bereinst von neuem einen Friedensvertrag unterzeichnen, des wahren und wirklichen Friedens. Das wünschen wir dem Manne der Mäßigung und der Wahrhaftigkeit, dem Sozialisten der Vernunft an diesem Tage.

## Sindenburgs Dank an die scheidenden Minister.

Berlin, 29. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichskanzler Dr. Marx und den gleichfalls aus dem Amte scheidenden Reichsministern in herzlichem Schreiben seinen Dank für ihre Dienste ausgesprochen. In dem Schreiben an Dr. Marx

heißt es: „Stets und in allen Stellen, die Sie inne hatten, als Richter, als Abgeordneter, als Reichsminister und als Reichskanzler verschiedener Kabinette, haben Sie sich bei Ihrer Amtsführung nur leiten lassen von dem einen Ge-

### Ein kleiner Sindenburg ist da.

Berlin, 29. Juni. Dem Major v. Hindenburg wurde heute nach ein Sohn geboren. Der Kleine ist der erste Enkel des Reichspräsidenten, der den Namen Hindenburg trägt.

sichtspunkt der Arbeit am Wohle des ganzen Volkes. Was Sie insbesondere als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik in schweren Zeiten voll ernteter wirtschaftlicher und politischer Kriese für Deutschlands Wohl und Wiederaufstieg in unerwählter, pflichtgetreuer Arbeit geleistet haben, wird Ihnen stets unvergessen bleiben.“

An den Vizekanzler und Reichsjustizminister Hertig schrieb der Reichspräsident u. a.: „Mit Umsicht und Tatkraft haben Sie stets Ihr verantwortungsvolles Amt als Chef der Reichsjustizverwaltung und Vertreter des Reichskanzlers geführt und dabei Ihre reichen, in früherer bewährter Ministerstätigkeit und langjähriger parlamentarischer Arbeit erworbenen Erfahrungen zum Wohle des Reiches nutzbar gemacht.“

Der Ernährungsminister Schiele erhielt ein Schreiben, in dem gesagt wird: „In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Kriese der Landwirtschaft haben Sie Ihr Ministerium mit tatkräftiger Hand geführt und es verstanden, die Notlage der deutschen Landwirtschaft im Rahmen des Möglichen zu erleichtern und Wege zu ihrer hoffentlich dauernden Besserung zu finden. Das soll Ihnen unvergessen bleiben.“ — In dem Schreiben

an den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns heißt es: „Gerade vor acht Jahren haben Sie das verantwortungsvolle Ministerium übernommen und es seither durch einen Zeitschnitt schwerer wirtschaftlicher und sozialer Erschütterungen hindurchgeführt. Das ist trotz aller Kriese gelungen ist, den wirtschaftlichen Frieden zu erhalten und zu festigen, das es möglich gemacht wurde, die Lage der arbeitenden Klassen, der Sozialrentner und der Kriegsbeschädigten zu bessern, ist in erster Linie Ihr Werk. Dafür Ihnen namens des Reiches und im eigenen Namen zu danken, ist mir in dieser Stunde aufrichtiges Bedürfnis. Meine besten Wünsche für Ihr persönliches Wohlergehen begleiten Sie in den Aufbruch, der wie ich hoffe, kein dauernder sein wird.“

Ebenso hat der Herr Reichspräsident auch den scheidenden Reichsministern Dr. h. c. Koch, Dr. Köhler und Dr. von Reudell in persönlichen Schreiben seinen herzlichsten Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.

### Der Wechsel der Reichsregierung.

Berlin, 29. Juni. Am Vormittag des 29. Juni übernahm Reichskanzler Müller-Franken die Dienstgeschäfte im Reichskanzleramt, wo ihn der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pänder, begrüßte und ihm die Beamten, Angestellten und Hausarbeiter der Reichskanzlei vorstellte. — Um 11 Uhr vormittags fand sodann im Reichskanzleramt die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts statt. Nach der Vereidigung der neu hinzutretenden Mitglieder des Reichskabinetts durch den Reichskanzler trat das Kabinett in die erste Beratung der Regierungserklärung ein. An den abweichenden Reichsminister Dr. Stresemann wurde seitens der Reichskanzlei mit Zustimmung des Reichskabinetts ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

## Sieben Todesurteile im Schachin-Prozess beantragt.

Moskau, 29. Juni. Staatsanwalt Arlenko stellte in seinem Plädoyer im Schachin-Prozess auf harte rechnerische Wirkungen ab. Sein groß angelegtes politisches Vorwort sollte eine Demonstration für den Aufbau des Sowjetstaates und der Sowjetwirtschaft sein. Er stellte sodann fest, daß der Prozess bewiesen habe, daß vom Donetz-Gebiet aus gegen revolutionäre Fäden nach Paris, Warschau und Berlin gegangen seien. Wie die geheimen Prozessurteile es ergeben hätten, hätten dabei auch einige Angehörige deutscher Firmen ihre Hand im Spiele gehabt. Von den Firmen selbst sprach Arlenko nicht, was eine gewisse Abschwächung bedeutet.

Arlenko mußte selbst zugeben, daß nur Geständnisse und Bezeugungen, aber keine Dokumente gegen die Angeklagten vorhanden seien. Trotzdem beantragte er gegen 11 Angeklagte folgende schwere Strafen: Gegen sieben russische Staatsangehörige die Todesstrafe und gegen 10 weitere Angeklagte mehr oder weniger harte Gefängnisstrafen und Strafarbeit. Bei zwei Angeklagten wurde die Todesstrafe noch offen gelassen und für zwei andere die Bewährungsfrist beschränkt.